

Vor wenigen Tagen hat Präsident Donald Trump rund 200 Personen benannt, die ihn bei der Wiederbelebung der amerikanischen Wirtschaft beraten sollten. Dieser «opening our country council», dem Vertreter aller Wirtschaftszweige, einschliesslich der World Wrestling Federation, angehören, gibt Anlass, über die Rolle der Beratung nicht nur in Zeiten der Corona-Katastrophe nachzudenken.

In diesen letzten Wochen haben sich die verantwortlichen Politiker Europas und anderer Länder mit riesigen Beraterstäben umgeben, vor allem mit Fachleuten aus Medizin, Virologie und Epidemiologie. Stets wollten diese Berater politische Stellungnahmen vermeiden, aber rasch zeichnete sich ab, dass ebendies kaum möglich ist. Denn auch Wissenschaftler sind oft unterschiedlicher Meinung, erst recht, wenn es Fragen ihrer Disziplin betrifft, und ihre Kontroversen gehen nicht selten mit politischen Gegensätzen einher. Die komplexen Welten der Menschengesundheit und ihrer Feinde lassen sich nicht in unbestreitbaren Meinungen einfangen. Der Miterfinder der Erfahrungswissenschaft Francis Bacon, Ratgeber Königin Elisabeths I., sprach vor 400 Jahren die Empfehlung aus, die Natur wie einen Delinquenten auf die Folter zu legen und ihr mit Schmerz und Gewalt alle Daten und Geheimnisse abzupressen. Aber ein Virus reagiert nicht auf Daumenschrauben.

Die Unterscheidung zwischen Ratgeben und Politik ist nicht erst in den letzten Tagen oder Wochen gescheitert. Ein Blick in die Geschichte lehrt uns, dass viele souveräne Entscheider einmal als Berater angefangen haben. Bereits die gewählte Exekutive der römischen Republik, die Konsuln, waren ihrem Namen nach Berater. Nicht anders begann das englische Parlament vor vielen hundert Jahren als «concilium regis in parlamento», als königlicher Beraterstab. Lange versuchten die englischen Könige und viele europäische Regenten die Macht der Berater zu zügeln, indem sie immer neue Räte beschäftigten. Der englische König ver-

## So viel guter Rat war nie

*Die verantwortlichen Politiker Europas haben sich in Sachen Corona-Krise mit riesigen Stäben von Fachleuten umgeben. Leider lässt sich damit weder Eindeutigkeit noch Eintracht erzeugen. Gastkommentar von Manfred Schneider*

fügte um 1800 über vier Gremien mit Beratern. Dazu zählte der heute noch der Queen bestehende Privy Council. Daher bevölkern heute neben einer ins Unermessliche wachsenden Ratgeberindustrie Heere von Regierungsräten, Gerichtsärzten, Stadträten unsere verwaltete Welt.

So viel Rat war nie. Doch erüchert sehen wir in diesen Tagen, dass sich die Qualität von Entscheidungen durch Vermehrung der Ratgeber keineswegs erhöht. Es wäre zu schön, könnte man die 200 Ratschläge wie eine gute Rinderbrühe zu einem Fond von höchster Beratungsqualität einkochen. Als Bundeskanzlerin Angela Merkel vor kurzem die Ratschläge von 40 Gelehrten aus der Leopoldina-Akademie durchlas, fragte sie sich vermutlich,

wenn denn von diesen 40 beamteten Ratgebern die Verantwortung für die Ratschläge trug.

Wie kann man im Zeichen der Corona-Ungewissheiten der Kanzlerin und allen verantwortlichen Politikern raten? Bei welchen Beratern sollten sie Rat suchen? Und wozu? Präsident Trump hat seine 200 «advisers» freilich nur benannt, um ihnen später die Schuld für seine Fehlentscheidungen zuschieben zu können. Bekanntlich lässt sich der Mann in erster Linie von seinem «gut», nämlich dem Bauchgefühl, beraten: «My gut tells me more sometimes than anybody else's brain can ever tell me.»

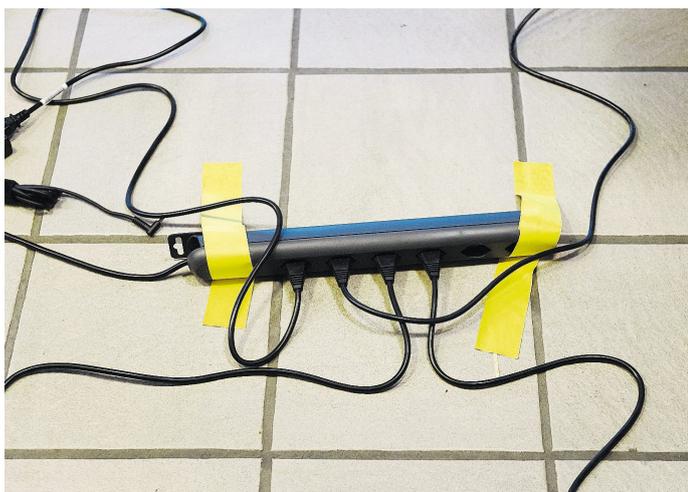
Man kann den Politikern auch nicht raten, bei Philosophen Rat zu suchen. Vor 200 Jahren noch empfahl Immanuel Kant, bei der Wahrheitssuche

auf Philosophen zu hören, weil sie nicht unter staatlicher Bevormundung urteilten. Doch längst liefern Philosophen intellektuelle Markenartikel, die sie nicht bei jeder läppischen Veränderung der Welt wieder umschreiben können. Giorgio Agamben und Peter Sloterdijk befürchten weiter die totalitäre Machtergreifung des modernen Staates, und Slavoj Žižek lässt uns weiter glauben, dass sich das Virus als Handlanger des globalen Kapitalismus vermehrt. Hätten sie nur geschwiegen!

Schlagen wir in dieser Lage lieber die «Essais» des grossen Michel de Montaigne auf. Darin spricht jemand auch aus der Erfahrung von Katastrophen und Seuchen. Montaigne diente den französischen Königen Heinrich III. und Heinrich IV. als Ratgeber. Doch seine Autorität für uns rührt daher, dass er im Amt des Bürgermeisters von Bordeaux alle Verantwortung trug, als sich die Menschen in den Religionskriegen des 16. Jahrhunderts zerfleischten. Und dann suchte im Sommer 1585 die Pest den Süden Frankreichs heim. Montaigne befahl den Shutdown seiner Güter und führte sechs Monate auf der Flucht vor dem Übel seine Familie und sein Gesinde von einer Zuflucht zur anderen.

Der Schrecken über das Sterben und die Beobachtung, wie die vom Tod ergriffenen Menschen noch selbst Erde über sich häuften, um keine Beute der wilden Tiere zu werden, zittern noch durch seinen Bericht. Es ist das Verantwortungszittern. Und daher erklärt Montaigne in dem grossen Essay über die Reue, dass er sich Rat nur dann erfragte, wenn es um Wissenschaft oder um Tatsachen ging. Klugheit ist in der Not der beste Ratgeber. Der Exzess der Expertisen kommt aus der Angst, Fehler bereuen zu müssen. Angesichts so vieler Ungewissheiten rechnet die Verantwortung mit ihrer Unvermeidbarkeit.

Manfred Schneider ist emeritierter Professor für deutsche Literaturwissenschaft an der Ruhr-Universität Bochum.



Der Stromverbrauch wird künftig steigen, und damit auch die Abhängigkeit vom Ausland.

ANWIK RAMPE / NZF

## Ohne Strom läuft gar nichts mehr

*Wir können erste Lehren aus der Corona-Pandemie ziehen:*

*In der Krise schaut jedes Land zuerst für sich selber.*

*Eine angemessene Vorsorge ist deshalb auch im Energiebereich zwingend. Gastkommentar von Eduard Kiener*

Eine Strommangellage sei die folgenreichste Gefahr für Gesellschaft und Wirtschaft, noch vor einer Pandemie, einem Erdbeben und einem AKW-Unfall. Dies war das Ergebnis einer umfassenden Analyse von 2015 durch das Bundesamt für Bevölkerungsschutz. Es wäre müssig, nun im Licht der Corona-Pandemie darüber zu streiten, ob diese oder eine Strommangellage die grösste Bedrohung sei. Ohne Strom läuft bekanntlich nichts, und eine Kombination von Pandemie und längerem Stromausfall hätte apokalyptische Auswirkungen.

Die sichere Versorgung von Wirtschaft und Haushalten ist die zentrale Aufgabe der Energiepolitik. Besonders gilt dies für den Strom. Die erforderliche Elektrizitätsmenge muss jederzeit zur Verfügung stehen, und das Netz muss stabil betrieben werden. Die Energiestrategie 2050 hätte eigentlich ermöglichen sollen, den wegfallenden Strom aus Kernkraftwerken durch solchen aus neuen erneuerbaren Quellen – Photovoltaik, Wind, Biomasse, Geothermie – weitgehend zu ersetzen. Die unterstellten Potenziale erweisen sich jedoch, mit Ausnahme der Photovoltaik, immer deutlicher als unrealistisch. Die Ausbaumöglichkeiten der Wasserkraft sind auch bescheiden. Der Zubau bleibt trotz jährlichen Subventionen von gegen einer Milliarde Franken weit hinter dem Erforderlichen zurück; zudem fällt die zusätzliche Erzeugung zum kleineren Teil im versorgungskritischen Winterhalbjahr an, wenn der Verbrauch grösser ist, als im Sommer. Seit Anfang dieses Jahrhunderts ist die Schweiz im Winter Strom-Nettoimporteur, mit bis gegen 30 Prozent des Landesverbrauchs.

Der Stromverbrauch dürfte nach Überwindung der Corona-Pandemie zunehmen, da der verbesserten Effizienz neue Anwendungen gegenüberstehen, insbesondere wenn der zum Klimaschutz notwendige Ersatz der fossilen Brenn- und Treibstoffe durch Strom ernsthaft vorangetrieben wird. Dazu kommt, dass das AKW Mühleberg bereits vom Netz ist, die anderen Kernkraftwerke werden in absehbarer Zeit folgen. Damit steigt die Strom-Auslandabhängigkeit, unsere Versorgung ist immer mehr davon abhängig, dass die nötige Energie am europäischen Strommarkt gekauft werden kann. Dies ist nur so lange möglich, als keine Knappheit besteht. Eine solche wird aber wahrscheinlicher, denn Deutschland steigt aus der Kohleverstromung und der Kernenergie aus, die 2019 zusammen 41 Prozent der Stromerzeugung lieferten, und Frankreich hat Mühe, die Kernenergiekapazität zu behalten. Hier können erste Lehren aus der Corona-Krise gezogen werden: Angemessene Vorsorge ist unerlässlich. Die europäische Reaktion auf den Mangel an Medikamenten und Gesichtsmasken hat deutlich gezeigt, dass zuerst jedes Land für sich schaut. Jedes Land braucht somit eine ausreichende Stromerzeugung.

Wie also steht es um die Stromversorgungssicherheit? Die Eidgenössische Elektrizitätskommission (ElCom) schätzt die Versorgungssituation wenig optimistisch ein und verlangt richtigerweise eine deutliche Erhöhung der Stromerzeugung im Winter. Doch woher soll diese kommen? Die zusätzliche Produktion aus erneuerbaren Quellen wächst zu langsam, daran würde auch ein Solar-

**Die zusätzliche Produktion aus erneuerbaren Quellen wächst zu langsam, daran würde auch ein Solar-Marshall-Plan wenig ändern.**

Marshall-Plan wenig ändern. Auf die Kernenergie soll künftig verzichtet werden. Damit bleiben effiziente Gaskraftwerke die einzige Möglichkeit; sie stossen aber CO<sub>2</sub> aus, und sie sind nicht rentabel, weil die Gesteungskosten meist höher sind als der Strommarktpreis. Hier zeigt sich die Problematik der für die Versorgungssicherheit systemrelevanten Investitionen: Der Markt finanziert sie nicht, anders als früher das Monopol. Neue erneuerbare Produktionskapazität wird in der Regel nur dank den Fördermassnahmen des Energiegesetzes gebaut; neue fossile Erzeugung unterliegt den gleichen schwierigen Strommarktbedingungen, aber ohne Subventionen zu erhalten. Nicht nur Kraftwerke, sondern auch die immer wichtiger werdenden Speicher, insbesondere die saisonalen, lassen sich bei den heutigen Marktbedingungen nicht kostendeckend erstellen und betreiben.

Die bevorstehende Revision des Stromversorgungsgesetzes sollte die Versorgungssicherheit umfassend angehen. Die vorgesehenen Speicherreserven für kritische Versorgungssituationen sind für die nächsten Jahre sinnvoll, genügen aber nicht. Die Problematik geht tiefer, sie betrifft das Elektrizitätssystem als Ganzes. Es sind gesetzliche Vorgaben für die ausreichende Stromerzeugung und -speicherung zu erlassen; nicht zuletzt ist deren Finanzierbarkeit sicherzustellen. Der notwendige starke Ausbau der fluktuierenden Stromerzeugung aus Photovoltaik und Wind verlangt nach einer erweiterten Rolle der Wasserkraft; sie wird vermehrt als Rückgrat der Netzregulierung und als Reserve benötigt und weniger für den Stromhandel verfügbar sein. Der nötige hohe Versorgungsstandard muss auch beim Umbau der Energieversorgung von den nicht-erneuerbaren zu den erneuerbaren Energiequellen gewährleistet werden. Die Elektrizitätswirtschaft ist dazu, bei entsprechenden Rahmenbedingungen, durchaus in der Lage.

Eduard Kiener ist ehemaliger Direktor des Bundesamts für Energie.